

Pressemitteilung 22/2022

Halle (Saale), den 8. September 2022

Konjunktur aktuell: Energiekrise in Deutschland

Das Versiegen der Gaslieferungen aus Russland und die Preisanstiege für Gas und Strom führen zu massiven Realeinkommensverlusten und zu einer Rezession in Europa und in Deutschland. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) prognostiziert, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,1% zunehmen und im Jahr 2023 um 1,4% sinken wird. Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2022 um 7,9% und im Jahr 2023 um 9,5%.

Sperrfrist
8. September 2022, 13:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Corona, Deutschland, Energiekrise, Finanzpolitik, Geldpolitik, Inflation, Konjunktur, Produktion, Prognose, Russland, Ukraine, Weltwirtschaft, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2021 bis 2024

	2021	2022	2023	2024
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,6	1,1	-1,4	2,3
darunter: Ostdeutschland ^a	2,3	1,2	-0,9	1,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,7	1,6	-1,7	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,3	2,4	2,8	3,1
Effektivlöhne je Stunde	1,8	4,1	6,9	3,7
Lohnstückkosten ^b	0,7	4,3	6,8	2,0
Verbraucherpreisindex	3,1	7,9	9,5	2,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 548	45 697	45 884
Arbeitslose ^c	2 613	2 419	2 514	2 477
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,7	5,3	5,5	5,4
darunter: Ostdeutschland ^a	7,1	6,7	6,9	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,1	-1,1	-1,2
Leistungsbilanzsaldo	7,4	3,0	1,1	1,6

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH (Stand: 07.09.2022).

Im Spätsommer 2022 ist die Weltwirtschaft im Abschwung. Anhaltend hohe Inflationsraten haben die US-Notenbank und viele weitere Zentralbanken veranlasst, mit einer Straffung ihrer Geldpolitik zu beginnen. Ein Auslöser der Teuerung war, dass die Wirtschaftspolitik auf Beschränkungen des Güterangebots aufgrund der Pandemie weltweit mit massiven Konjunkturpaketen zur Stimulierung der Nachfrage reagiert hatte. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs ist Energie knapper und teurer geworden. Europa, wo die versiegenden Gaslieferungen aus Russland nur zu einem kleinen Teil ersetzt werden können, hat mit einer Energiekrise zu kämpfen. Im Euroraum dürfte der drastische Anstieg der Importpreise im kommenden Winter insbesondere

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

über den Verlust von Realeinkommen der privaten Haushalte eine Rezession auslösen. Mit China ist auch das neben den USA und Europa dritte weltwirtschaftliche Zentrum im Abschwung. Denn zum einen zwingt die strikte Null-COVID-Strategie des Landes immer wieder dazu, wirtschaftliche Aktivitäten durch Lockdowns zu unterbinden, zum anderen schwelt in China eine Immobilienkrise, die Bausektor und Finanzsystem des Landes belastet.

Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession. Grund ist der enorme Anstieg der Preise für fossile Energieträger. Der Großhandelspreis für Erdgas ist in Europa zurzeit etwa fünfmal so hoch wie vor einem Jahr. Es ist zu erwarten, dass sich die Preise, die deutsche Importeure und private Haushalte zahlen, mit der Erneuerung alter Lieferverträge in den kommenden Monaten den Großhandelspreisen annähern. Während die Kosten für den Nettoimport von Erdgas nach Deutschland relativ zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr etwa $\frac{3}{4}$ % betragen, dürften auf die deutsche Volkswirtschaft in diesem und im nächsten Jahr mit dem Erdgas-Preisanstieg Kosten zukommen, welche die der beiden Ölkrisen in den 1970er Jahren von etwa 2% relativ zum Bruttoinlandsprodukt eher noch übertreffen. „Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verlieren damit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH. Das Gros der Belastung wird aber als Heiz- und Stromkostenerhöhung bei den privaten Haushalten anfallen, auch wenn die Politik versucht, besonders schwer getroffene Bevölkerungsgruppen finanziell zu unterstützen. „Die privaten Haushalte werden gezwungen sein, ihre sonstigen Konsumausgaben zu verringern, was einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben wird“, so Holtemöller. Während sich der Aufbau der Erwerbstätigenzahl deutlich verlangsamt fortsetzt, geht die Arbeitszeit je Beschäftigten im kommenden Winterhalbjahr zurück, und es gibt wieder mehr Kurzarbeit. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise lassen den deutschen Leistungsbilanzsaldo deutlich von 7,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf 1,1% im Jahr 2023 sinken. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit dürfte sich von 3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 über 2,1% in diesem Jahr auf 1,1% im Jahr 2023 verringern, weil sich Steuer- und Beitragseinnahmen mit dem kräftigen Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts erneut spürbar erhöhen und Pandemihilfen und ein Teil der Maßnahmen aus den Entlastungspaketen bereits wieder entfallen.

Die Langfassung der Prognose enthält zwei Kästen:

[Kasten 1: Rahmenbedingungen für die Prognose](#)

[Kasten 2: Zur Schätzung des Produktionspotenzials](#)

Langfassung:

Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Scherer, Jan-Christopher; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz: Konjunktur aktuell: Energiekrise in Deutschland. IWH, [Konjunktur aktuell](#), Jg. 10 (3), 2022. Halle (Saale) 2022.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Tel +49 345 7753 800

oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf [Twitter](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe *Gemeinschaftsdiagnose*, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.